



Jusos in der SPD - Landesverband Brandenburg

LandessprecherIn

Antonia Müller

Lisa Pridik

GRÜNE JUGEND, JUSOS UND LINKSJUGEND [SOLID] FORDERN SOFORTIGEN ABSCHIEBESTOPP NACH AFGHANISTAN!

Trotz weltweitem Pandemiegesehen und sich verschärfenden Zuständen in Afghanistan möchte die Bundesregierung unter Beteiligung einiger Landesregierungen heute Menschen aus Leipzig nach Afghanistan abschieben. Aufgrund der unsicheren Lage vor Ort, dem Abzug der NATO samt Bundeswehr und dem Ausblick auf eine sich weiter verschlechternde Situation, fordern die Brandenburger Jugendverbände GRÜNE JUGEND, Jusos und Linksjugend [solid] einen sofortigen Abschiebestopp.

JOSEPHA ALBRECHT, Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Brandenburg, erklärt hierzu: „Auch vor dem Abzug der NATO war die Situation in Afghanistan für abgeschobene Menschen alles andere als sicher. Nun hat sich die Lage vor Ort aber derart verschlechtert, dass Abschiebungen vollends inakzeptabel werden. Der beschleunigte Abzug erfordert eine radikale Kursumkehr. Seehofer muss endlich dafür sorgen, dass Afghanistan nicht mehr als sicheres Herkunftsland gilt und Abschiebungen nach Afghanistan prinzipiell stoppen.“

LISA-MARIA PRIDIK, Sprecherin der Jusos Brandenburg, betont: „Insbesondere afghanischen Schutzsuchenden in Brandenburg muss die Angst vor einer Abschiebung genommen werden. Es braucht langfristige Bleibeperspektiven und eine unbürokratische Möglichkeit für Familiennachzüge. Afghanistan ist laut GLOBAL PEACE INDEX das gefährlichste Land der Welt und die Lage droht noch schlimmer zu werden. Wir fordern daher gemeinsam einen Abschiebestopp!“

TOM BERTHOLD, Sprecher der Linksjugend [solid] Brandenburg, ergänzt: „Es kann nicht sein, dass wir afghanischen Ortskräften, welche der Bundeswehr geholfen haben und deswegen von der Taliban

Landesgeschäftsstelle

Regine Hildebrandt Haus
Alleestr. 9
14469 Potsdam

Telefon: 0331 730 98 360
Mobilnr: 0171-919 6538

web: www.jusos-brandenburg.de
e-Mail: info@jusos-brandenburg.de



bedroht werden, eine Aufnahme in Deutschland bürokratisch erschweren und gleichzeitig ruhigen Gewissens Schutzsuchende abschieben. Afghanistan ist nicht sicher, weder für abgeschobene Personen, noch für afghanische Ortskräfte.“

Die Jugendverbände bekennen sich zur Verantwortung für das Schicksal von Schutzsuchenden aus Afghanistan und afghanischen Ortskräften vor Ort. Langfristig müssen die Bleibeperspektiven für Menschen aus Afghanistan verbessert werden. Das schließt eine Rückkehr zu einem beschleunigten und unbürokratischen Familiennachzug ebenso mit ein wie die Anerkennung und Aufnahme afghanischer Schutzsuchender.

PRESSEMITTEILUNG VOM 08.06.2021